

No. 33731

**GERMANY
and
VIET NAM**

**Agreement on technical cooperation. Signed at Hanoi on
20 November 1991**

Authentic texts: German and Vietnamese.

Registered by Germany on 21 April 1997.

**ALLEMAGNE
et
VIET NAM**

**Accord de coopération technique. Signé à Hanoi le 20 no-
vembre 1991**

Textes authentiques : allemand et vietnamien.

Enregistré par l'Allemagne le 21 avril 1997.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REGIERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND UND DER REGIERUNG DER SOZIALISTISCHEN REPUBLIK VIETNAM ÜBER TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam -

auf der Grundlage der zwischen beiden Staaten und ihren Völkern bestehenden freundschaftlichen Beziehungen,

in Anbetracht ihres gemeinsamen Interesses an der Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts ihrer Staaten und Völker und

in dem Wunsch, die Beziehungen durch partnerschaftliche Technische Zusammenarbeit zu vertiefen -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien arbeiten zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ihrer Völker zusammen.

(2) Dieses Abkommen beschreibt die Rahmenbedingungen für die Technische Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien. Die Vertragsparteien können ergänzende Übereinkünfte über einzelne Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit (im folgenden als "Projektvereinbarungen" bezeichnet)

schließen. Dabei bleibt jede Vertragspartei für die Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit in ihrem Land selbst verantwortlich. In den Projektvereinbarungen wird die gemeinsame Konzeption des Vorhabens festgelegt, wozu insbesondere sein Ziel, die Leistungen der Vertragsparteien, Aufgaben und organisatorische Stellung der Beteiligten und der zeitliche Ablauf gehören.

Artikel 2

(1) Die Projektvereinbarungen können eine Förderung durch die Regierung der Bundesrepublik Deutschland in folgenden Bereichen vorsehen:

- a) Ausbildungs-, Beratungs-, Forschungs- und sonstige Einrichtungen in der Sozialistischen Republik Vietnam;
- b) Erstellung von Planungen, Studien und Gutachten;
- c) andere Bereiche der Zusammenarbeit, auf die sich die Vertragsparteien einigen.

(2) Die Förderung kann erfolgen

- a) durch Entsendung von Fachkräften wie Ausbildern, Beratern, Gutachtern, Sachverständigen, wissenschaftlichem und technischem Personal, Projektassistenten und Hilfskräften; das gesamte im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland entsandte Personal wird im folgenden als "entsandte Fachkräfte" bezeichnet;
- b) durch Lieferung von Material und Ausrüstung (im folgenden als "Material" bezeichnet);

- c) durch Aus- und Fortbildung von vietnamesischen Fach- und Führungskräften und Wissenschaftlern in der Sozialistischen Republik Vietnam, in der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen Ländern;
- d) in anderer geeigneter Weise.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland übernimmt für die von ihr geförderten Vorhaben die Kosten für folgende Leistungen, soweit die Projektvereinbarungen nicht etwas Abweichendes vorsehen:

- a) Vergütungen für die entsandten Fachkräfte;
- b) Unterbringung der entsandten Fachkräfte und ihrer Familienmitglieder, soweit nicht die entsandten Fachkräfte die Kosten tragen;
- c) Dienstreisen der entsandten Fachkräfte innerhalb und außerhalb der Sozialistischen Republik Vietnam;
- d) Beschaffung des in Absatz 2 Buchstabe b genannten Materials;
- e) Transport und Versicherung des in Absatz 2 Buchstabe b genannten Materials bis zum Standort der Vorhaben; hiervon ausgenommen sind die in Artikel 3 Buchstabe b genannten Abgaben und Lagergebühren;
- f) Aus- und Fortbildung von vietnamesischen Fach- und Führungskräften und Wissenschaftlern entsprechend den jeweils geltenden deutschen Richtlinien.

(4) Soweit die Projektvereinbarungen nicht etwas Abweichendes vorsehen, geht das im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die Vorhaben gelieferte

Material bei seinem Eintreffen in der Sozialistischen Republik Vietnam in das Eigentum der Sozialistischen Republik Vietnam über; das Material steht den geförderten Vorhaben und den entsandten Fachkräften für ihre Aufgaben uneingeschränkt zur Verfügung.

(5) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland unterrichtet die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam darüber, welche Träger, Organisationen oder Stellen sie mit der Durchführung ihrer Förderungsmaßnahmen für das jeweilige Vorhaben beauftragt. Die beauftragten Träger, Organisationen oder Stellen werden im folgenden als "durchführende Stelle" bezeichnet.

Artikel 3

Leistungen der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam:

Sie

- a) stellt auf ihre Kosten für die Vorhaben in der Sozialistischen Republik Vietnam die erforderlichen Grundstücke und Gebäude einschließlich deren Einrichtung zur Verfügung, soweit nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Einrichtung auf ihre Kosten liefert;
- b) befreit das im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland für die Vorhaben gelieferte Material von Lizenzen, Hafen-, Ein- und Ausfuhr- und sonstigen öffentlichen Abgaben sowie von Lagergebühren und stellt sicher, daß das Material unverzüglich entzollt wird. Die vorstehenden Befreiungen gelten auf Antrag der durchführenden Stelle auch für in der Sozialistischen Republik Vietnam beschafftes Material;

- c) trägt die Betriebs- und Instandhaltungskosten für die Vorhaben;
- d) stellt auf ihre Kosten die jeweils erforderlichen vietnamesischen Fach- und Hilfskräfte zur Verfügung; in den Projektvereinbarungen soll ein Zeitplan hierfür festgelegt werden;
- e) sorgt dafür, daß die Aufgaben der entsandten Fachkräfte so bald wie möglich durch vietnamesische Fachkräfte fortgeführt werden. Soweit diese Fachkräfte im Rahmen dieses Abkommens in der Sozialistischen Republik Vietnam, in der Bundesrepublik Deutschland oder in anderen Ländern aus- oder fortgebildet werden, benennt sie rechtzeitig unter Beteiligung der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Hanoi oder der von dieser benannten Fachkräfte genügend Bewerber für diese Aus- und Fortbildung. Sie benennt nur solche Bewerber, die sich ihr gegenüber verpflichtet haben, nach ihrer Aus- oder Fortbildung mindestens fünf Jahre an dem jeweiligen Vorhaben zu arbeiten. Sie sorgt für angemessene Bezahlung dieser vietnamesischen Fachkräfte;
- f) erkennt die Prüfungen, die im Rahmen dieses Abkommens aus- und fortgebildete vietnamesische Staatsangehörige abgelegt haben, entsprechend ihrem fachlichen Niveau an. Sie eröffnet diesen Personen ausbildungsgerechte Anstellungs- und Aufstiegsmöglichkeiten oder Laufbahnen;
- g) gewährt den entsandten Fachkräften jede Unterstützung bei der Durchführung der ihnen übertragenen Aufgaben und stellt ihnen die dafür erforderlichen Fachunterlagen zur Verfügung;
- h) stellt sicher, daß die zur Durchführung der Vorhaben erforderlichen Leistungen erbracht werden, soweit diese

nach den Projektvereinbarungen nicht von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland übernommen werden;

- i) stellt sicher, daß alle mit der Durchführung dieses Abkommens und der Projektvereinbarungen befaßten vietnamesischen Stellen rechtzeitig und umfassend über deren Inhalt unterrichtet werden.

Artikel 4

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sorgt dafür, daß die entsandten Fachkräfte verpflichtet werden,

- a) nach besten Kräften im Rahmen der über ihre Arbeit getroffenen Vereinbarungen zur Erreichung der in Artikel 55 der Charta der Vereinten Nationen festgelegten Ziele beizutragen;
- b) sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Sozialistischen Republik Vietnam einzumischen;
- c) die Gesetze der Sozialistischen Republik Vietnam zu befolgen und die Sitten und Gebräuche des Landes zu achten;
- d) keine andere, auf finanziellen Gewinn ausgerichtete Tätigkeit als diejenige auszuüben, mit der sie beauftragt sind;
- e) mit den amtlichen Stellen der Sozialistischen Republik Vietnam vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland sorgt dafür, daß vor Entsendung einer Fachkraft die Zustimmung der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam eingeholt

wird. Die durchführende Stelle bittet die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam unter Übersendung des Lebenslaufs um Zustimmung zur Entsendung der von ihr ausgewählten Fachkraft. Geht innerhalb von zwei Monaten keine ablehnende Mitteilung der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam ein, so gilt dies als Zustimmung.

(3) Wünscht die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Abberufung einer entsandten Fachkraft, so wird sie frühzeitig mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Verbindung aufnehmen und die Gründe für ihren Wunsch darlegen. In gleicher Weise wird die Regierung der Bundesrepublik Deutschland, wenn eine entsandte Fachkraft von deutscher Seite abberufen wird, dafür sorgen, daß die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam so früh wie möglich darüber unterrichtet wird.

Artikel 5

(1) Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam sorgt für den Schutz der Person und des Eigentums der entsandten Fachkräfte und der zu ihrem Haushalt gehörenden Familienmitglieder. Hierzu gehört insbesondere folgendes:

- a) Sie haftet an Stelle der entsandten Fachkräfte für Schäden, die diese im Zusammenhang mit der Durchführung einer ihnen nach diesem Abkommen übertragenen Aufgabe verursachen. Ein Erstattungsanspruch kann von der Sozialistischen Republik Vietnam gegen die entsandten Fachkräfte nur im Fall von Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit geltend gemacht werden.
- b) Sie verschont die in Satz 1 genannten Personen im Rahmen des Möglichen von jeder Festnahme oder Haft.

Wird eine der genannten Personen wegen einer Verletzung der Gesetze der Sozialistischen Republik Vietnam festgenommen oder verhaftet, so teilt die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland unverzüglich und auf schnellstem Wege den Vorfall mit und erteilt Auskunft über die erhobenen Beschuldigungen und die Entwicklung des Rechtsverfahrens und gestattet Vertretern der Botschaft, die festgenommenen oder sich in Haft befindlichen Personen zu besuchen und mit ihnen Gespräche zu führen. Es wird der Botschaft auch gestattet, das persönliche Wohlergehen dieser Personen sicherzustellen.

- c) Sie erteilt den in Satz 1 genannten Personen beschleunigt die notwendigen Sichtvermerke und Genehmigungen und gestattet ihren Inhabern jederzeit die ungehinderte Ein- und Ausreise in die und aus der Sozialistischen Republik Vietnam.
- d) Sie stellt den in Satz 1 genannten Personen einen Ausweis aus, in dem auf den Schutz und die Unterstützung, die die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam ihnen gewährt, hingewiesen wird.

(2) Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam

- a) erhebt von den aus Mitteln der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an entsandte Fachkräfte für Leistungen im Rahmen dieses Abkommens gezahlte Vergütungen keine Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben; das gleiche gilt für Vergütungen an Firmen, die im Auftrag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland Förderungsmaßnahmen im Rahmen dieses Abkommens durchführen, sofern diese Firmen nicht ihren Sitz in Vietnam haben;

- b) gestattet den in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen während der Dauer ihres Aufenthalts die abgaben- und kautionsfreie Ein- und Ausfuhr der zu ihrem eigenen Gebrauch bestimmten Gegenstände; dazu gehören auch je Haushalt ein Kraftfahrzeug - wenn die Aufenthaltsdauer länger als sechs Monate ist -, ein Külschrank, eine Tiefkühltruhe, eine Waschmaschine, ein Herd, ein Rundfunkgerät, ein Fernsehgerät, ein Plattenspieler, ein Tonbandgerät, ein Videogerät, kleinere Elektrogeräte sowie je Person ein Klimagerät, ein Heizgerät, ein Ventilator und eine Foto- und Filmausrüstung; die abgaben- und kautionsfreie Ein- und Ausfuhr von Ersatzgegenständen ist ebenfalls gestattet, wenn die eingeführten Gegenstände unbrauchbar geworden oder abhanden gekommen sind; im Falle des Weiterverkaufs dieser Gegenstände in der Sozialistischen Republik Vietnam sind geltende gesetzliche Bestimmungen der Sozialistischen Republik Vietnam anzuwenden;
- c) gestattet den in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen die Einfuhr von Medikamenten, Lebensmitteln, Getränken und anderen Verbrauchsgütern im Rahmen ihres persönlichen Bedarfs;
- d) erteilt den in Absatz 1 Satz 1 genannten Personen gebühren- und kautionsfrei die erforderlichen Sichtvermerke, Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für die bei seinem Inkrafttreten bereits begonnenen Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit der Vertragsparteien.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

(2) Das Abkommen gilt für einen Zeitraum von fünf Jahren. Seine Geltungsdauer verlängert sich danach um jeweils ein Jahr, sofern es nicht von einer der beiden Vertragsparteien drei Monate vor Ablauf der jeweiligen Geltungsdauer schriftlich gekündigt wird.

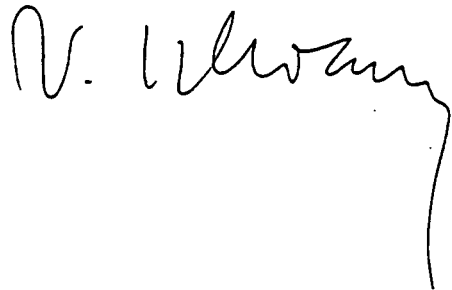
(3) Nach Ablauf der Geltungsdauer dieses Abkommens gelten seine Bestimmungen für die begonnenen Vorhaben der Technischen Zusammenarbeit weiter.

Geschehen zu Hanoi am 20. 11. 1991 in zwei Urschriften, jede in deutscher und vietnamesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung
der Bundesrepublik Deutschland:

Elias
Jan Peter 

Für die Regierung
der Sozialistischen Republik
Vietnam:



[VIETNAMESE TEXT — TEXTE VIETNAMIEN]

HIỆP ĐỊNH

giữa
Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam
và
Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức
về
hợp tác kỹ thuật

Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam và Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức, dưới đây gọi là "Hai Bên ký kết",

Trên cơ sở quan hệ hữu nghị sẵn có giữa hai nước và hai dân tộc,

Do mối quan tâm chung về thúc đẩy tiến bộ kinh tế và xã hội của hai nước và hai dân tộc,

Với lòng mong muốn tăng cường quan hệ thông qua sự hợp tác kỹ thuật giữa hai Bên,

Đã thỏa thuận như sau :

Điều 1

1. Hai Bên ký kết hợp tác với nhau để thúc đẩy sự phát triển kinh tế và xã hội của nhân dân hai nước.

2. Hiệp định này nêu ra những điều kiện khung về hợp tác kỹ thuật giữa hai Bên ký kết. Hai Bên ký kết có thể ký thỏa thuận bổ sung cho từng dự án hợp tác kỹ thuật (dưới đây gọi là "thỏa thuận dự án"), trong đó mỗi Bên ký kết tự chịu trách nhiệm về dự án hợp tác kỹ thuật ở

nước mình. Trong thỏa thuận dự án sẽ xác định phương hướng chung về dự án, trong đó đặc biệt bao gồm mục tiêu, đóng góp của các Bên ký kết, nhiệm vụ và vị trí tổ chức của những người tham gia và tiến độ thời gian.

Điều 2

1. Thỏa thuận dự án có thể dự kiến sự hỗ trợ của Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức trong những lĩnh vực sau :

- a) Các cơ sở đào tạo, tư vấn, nghiên cứu và các cơ sở khác ở Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam ;
- b) Xây dựng kế hoạch, làm các khảo sát và thẩm định đánh giá ;
- c) Các lĩnh vực khác của sự hợp tác do các Bên ký kết thỏa thuận.

2. Việc hỗ trợ có thể được tiến hành :

- a) Thông qua cử cán bộ chuyên môn như cán bộ đào tạo, cố vấn, thẩm định viên, cán bộ soạn thảo công việc, nhân viên khoa học và kỹ thuật, trợ lý dự án và nhân viên giúp việc ; toàn bộ các nhân viên được cử sang theo sự ủy nhiệm của Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức dưới đây được gọi là "cán bộ chuyên môn được cử đi" ;
- b) Thông qua việc cung cấp vật tư và thiết bị (dưới đây gọi là "vật tư") ;
- c) Thông qua việc đào tạo và bồi dưỡng nâng cao trình độ các cán bộ chuyên môn, cán bộ lãnh đạo và các nhà khoa học Việt Nam ở Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam, Cộng hòa Liên bang Đức hoặc ở các nước khác ;
- d) Thông qua các hình thức thích hợp khác.

3. Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức đài thọ các chi phí sau đây cho các công việc thuộc các dự án được khuyến khích, nếu như thỏa thuận dự án không có dự kiến gì khác :

- a) Trả lương cho cán bộ chuyên môn được cử đi ;
- b) Chi phí về ở cho các cán bộ chuyên môn được cử đi và các thành viên trong gia đình họ, nếu như họ không đảm nhận những chi phí đó ;
- c) Các chuyến đi công tác của các cán bộ chuyên môn đó ở trong và ngoài lãnh thổ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam ;
- d) Chi phí cho vật tư nói trong khoản 2 tiết b ;
- e) Vận chuyển và bảo hiểm vật tư nói trong khoản 2 tiết b đến địa điểm của dự án ; ở đây không tính các loại trích nộp và lệ phí lưu kho nói trong Điều 3 tiết b ;
- f) Đào tạo và bồi dưỡng nâng cao trình độ các cán bộ chuyên môn, cán bộ lãnh đạo và khoa học Việt Nam phù hợp với các quy định hiện hành của Đức.

4. Nếu như các thỏa thuận dự án không có dự kiến gì khác, vật tư do Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức ủy nhiệm cung cấp cho các dự án sẽ được chuyển thành sở hữu của Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam khi đến Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam ; đối với các dự án được khuyến khích và các cán bộ chuyên môn được cử đi, vật tư đó được sử dụng không hạn chế cho việc thi hành nhiệm vụ của mình.

5. Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức thông báo cho Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam về việc ủy nhiệm cho các tổ chức hoặc cơ quan nào thực hiện các biện pháp hỗ trợ cho từng dự án. Các tổ chức được ủy nhiệm dưới đây gọi là "cơ quan thực hiện".

Điều 3

Những đóng góp của Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam :

Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam

a) Cung cấp bằng chi phí của mình cho các công trình ở Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam đất đai và nhà cửa cần thiết, kể cả trang thiết bị cho nhà cửa, nếu Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức không cung cấp các trang bị đó bằng chi phí của mình ;

b) Miễn giấy phép, miễn lệ phí bến cảng, xuất, nhập khẩu và các khoản trích nộp công công khác đối với vật tư được cung cấp theo ủy nhiệm của Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức cho các dự án cũng như miễn cước lưu kho và đảm bảo để vật tư được hoàn thành thủ tục hải quan không chậm trễ. Theo đề nghị của cơ quan thực hiện, việc miễn trừ nói trên cũng có giá trị đối với các vật tư được mua ở Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam ;

c) Đãi tho chi phí cho vận hành và bảo dưỡng các công trình dự án ;

d) Cung cấp bằng chi phí của mình các cán bộ chuyên môn và nhân viên giúp việc Việt Nam cần thiết ; trong các thỏa thuận dự án cần xác định một kế hoạch thời gian cho việc này ;

e) Đảm bảo việc cán bộ chuyên môn Việt Nam tiếp tục thực hiện nhiệm vụ của các cán bộ chuyên môn được cử đi, càng sớm càng tốt. Nếu các cán bộ chuyên môn Việt Nam đó cần được đào tạo hoặc bồi dưỡng nâng cao trình độ ở Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam, ở Cộng hòa Liên bang Đức hoặc ở các nước khác trong khuôn khổ của Hiệp định này thì Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam kịp thời chỉ định đủ người cho việc đào tạo và bồi dưỡng nâng cao

với sự tham gia của Đại sứ quán Cộng hòa Liên bang Đức tại Hà Nội hoặc của cán bộ chuyên môn do Đại sứ quán chỉ định. Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam chỉ chỉ định những người đã tự nguyện cam kết với Chính phủ là sẽ làm việc ít nhất là 5 năm ở các dự án tương ứng sau khi được đào tạo hoặc bồi dưỡng nâng cao ; Phía Việt Nam bảo đảm trả lương thỏa đáng cho các cán bộ chuyên môn Việt Nam này.

f) Công nhận các kỳ thi của các công dân Việt Nam được đào tạo và bồi dưỡng nâng cao trong khuôn khổ của Hiệp định này phù hợp với trình độ chuyên môn của họ. Phía Việt Nam tạo điều kiện về chỗ làm việc, khả năng thăng tiến và hành nghề phù hợp với trình độ đào tạo cho các công dân đó ;

g) Dành cho các cán bộ chuyên môn được cử đi mọi sự giúp đỡ trong việc thực hiện nhiệm vụ được giao và cung cấp cho họ các tài liệu chuyên môn cần thiết cho việc thực hiện nhiệm vụ đó ;

h) Bảo đảm thực hiện tất cả các công việc cần thiết cho thực hiện dự án, nếu như các công việc đó, theo thỏa thuận dự án, không do Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức đảm nhiệm ;

i) Bảo đảm thông tin kịp thời và đầy đủ về nội dung các công việc đó cho tất cả các cơ quan Việt Nam có liên quan đến việc thực hiện Hiệp định này và các thỏa thuận dự án.

Điều 4

1. Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức đảm bảo để các cán bộ chuyên môn được cử đi có nghĩa vụ :

a) Đóng góp hết sức mình nhằm đạt được, trong khuôn khổ các thỏa thuận đã ký về công việc của họ, các mục

tiêu được quy định tại điều 55 của Hiến chương Liên hợp quốc ;

b) Không can thiệp vào công việc nội bộ của Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam ;

c) Chấp hành luật pháp của Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam và tôn trọng các phong tục và tập quán của Việt Nam ;

d) Không tiến hành các hoạt động sinh lợi nào khác ngoài công việc được ủy nhiệm ;

e) Hợp tác đầy tin cậy với các cơ quan chính thức của Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam.

2. Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức đảm bảo sẽ xin chấp thuận của Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam trước khi cử cán bộ chuyên môn. Cơ quan thực hiện gửi lý lịch cá nhân đề nghị Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam xác nhận đồng ý với việc cử cán bộ chuyên môn do họ lựa chọn. Nếu trong vòng hai tháng không có thông báo khước từ của Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam thì được coi là chấp thuận.

3. Nếu Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam mong muốn Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức triệu hồi một cán bộ chuyên môn được cử đi thì Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam sẽ liên hệ kịp thời với Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức và nêu các lý do về việc này. Cũng theo phương thức đó, Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức đảm bảo sẽ thông báo thật sớm cho Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam, nếu phía Đức muốn triệu hồi một cán bộ chuyên môn.

Điều 5

1. Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam chịu trách nhiệm bảo đảm về nhân thân và tài sản cho các

cán bộ chuyên môn được cử đi và những thành viên trong gia đình cùng sinh hoạt với họ. Đặc biệt là các điểm sau :

a) Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam chịu trách nhiệm thay cho các cán bộ chuyên môn được cử đi đối với những thiệt hại do họ gây ra liên quan đến việc thực hiện nhiệm vụ được giao theo Hiệp định này. Phía Việt Nam chỉ có thể đòi bồi thường những thiệt hại do các cán bộ chuyên môn được cử đi gây ra trong trường hợp cố ý hoặc vô ý nghiêm trọng.

b) Trong khuôn khổ cho phép, Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam sẽ miễn việc bắt hoặc giam giữ những người được nêu trong câu 1. Trong trường hợp một trong những người đã nêu trên vi phạm luật pháp của Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam bị bắt hoặc giam giữ, Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam sẽ thông báo ngay và bằng cách nhanh nhất cho Đại sứ quán Cộng hòa Liên bang Đức, cho biết mức độ nghiêm trọng của hành vi phạm tội và cách giải quyết về mặt pháp lý của vấn đề, đồng thời cho phép đại diện của Đại sứ quán được tiếp xúc và nói chuyện với người đang bị bắt hoặc giam giữ. Đại sứ quán cũng được quyền bảo đảm về sinh hoạt cá nhân cho đương sự.

c) Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam sẽ nhanh chóng cấp thị thực và giấy tờ cần thiết cho những người đã nêu trong câu 1 và cho phép những người có thị thực và giấy tờ này được xuất, nhập cảnh Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam một cách dễ dàng vào mọi thời điểm.

d) Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam cấp cho những người nêu ở câu 1 một giấy chứng minh, trong đó có lưu ý đến sự bảo vệ và giúp đỡ mà Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam bảo đảm dành cho họ.

2. Chính phủ Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam

a) Không đánh thuế và không buộc phải thực hiện các khoản trích nộp công cộng đối với tiền lương mà Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức trích từ quỹ mà mình trả cho các cán bộ chuyên môn được cử đi thực hiện các công việc trong khuôn khổ Hiệp định này ; điều đó cũng có giá trị đối với tiền trả cho các hãng không có trụ sở đặt tại Việt Nam, được Chính phủ Cộng hòa Liên bang Đức ủy nhiệm thực hiện các biện pháp hỗ trợ trong khuôn khổ Hiệp định này.

b) Cho phép những người nêu ở khoản 1, câu 1 được mang vào và chuyển ra miễn thuế và miễn nộp bảo lãnh một số đồ vật để sử dụng cho cá nhân trong thời gian lưu trú ; các đồ vật đó bao gồm cả một xe ô tô - nếu thời gian lưu trú dài hơn là 6 tháng - một tủ lạnh, một tủ đá, một máy giặt, một bếp, một radio, một máy thu hình, một máy quay đĩa, một máy ghi âm, một cầu video, các dụng cụ điện nhỏ đối với mỗi hộ cũng như một máy điều hòa nhiệt độ, một máy sưởi, một quạt và một thiết bị làm phim ảnh đối với mỗi cá nhân ; đồng thời cũng cho phép mang vào và chuyển ra miễn thuế và miễn bảo lãnh các đồ vật thay thế nếu như các đồ vật nói trên bị hỏng hoặc bị mất. Trong trường hợp các đồ vật đó được bán lại ở Cộng hòa Xã hội chủ nghĩa Việt Nam, các quy định luật pháp hiện hành của Việt Nam sẽ được vận dụng ;

c) Cho phép những người nêu trong khoản 1, câu 1 được mang vào thuốc men, thực phẩm, nước giải khát và những hàng tiêu dùng khác trong khuôn khổ nhu cầu cá nhân.

d) Cấp miễn phí và miễn bảo lãnh cho những người nêu trong khoản 1, câu 1 các chứng chỉ, giấy phép làm việc và cư trú cần thiết.

Điều 6

Hiệp định này cũng có giá trị đối với các dự án hợp tác kỹ thuật của các Bên ký kết đã được triển khai trước khi Hiệp định có hiệu lực.

Điều 7

1. Hiệp định này có hiệu lực vào ngày hai chính phủ thông báo cho nhau rằng các điều kiện trong nước để Hiệp định có hiệu lực đã được đảm bảo.

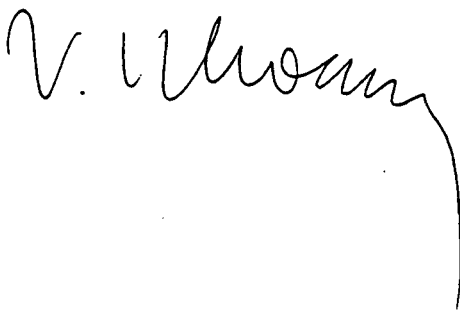
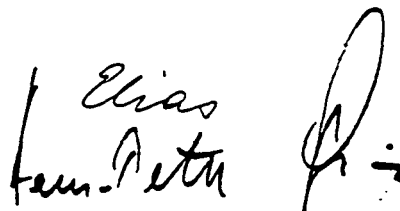
2. Hiệp định này có giá trị trong thời gian 5 năm. Sau đó Hiệp định được gia hạn thêm mỗi lần 1 năm, nếu như một trong hai Bên ký kết không hủy bỏ Hiệp định bằng văn bản 3 tháng trước khi hết thời hạn tương ứng.

3. Sau khi Hiệp định hết hạn, các quy định của Hiệp định tiếp tục có giá trị đối với các dự án hợp tác kỹ thuật đã được triển khai.

Làm tại Hà Nội, ngày 20 tháng 11 năm 1991 thành hai bản gốc, mỗi bản bằng tiếng Việt và tiếng Đức, cả hai văn bản đều có giá trị ràng buộc như nhau.

THAY MẶT CHÍNH PHỦ
CỘNG HÒA XÃ HỘI CHỦ NGHĨA
VIỆT NAM

THAY MẶT CHÍNH PHỦ
CỘNG HÒA LIÊN BANG ĐỨC

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE
SOCIALIST REPUBLIC OF VIET NAM ON TECHNICAL CO-
OPERATION

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Socialist Republic of Viet Nam,

On the basis of the friendly relations existing between the two States and their peoples,

Considering their common interest in promoting the economic and social progress of their States and peoples,

Desiring to intensify their relations through technical cooperation in a spirit of partnership,

Have agreed as follows:

Article 1

1. The Contracting Parties shall cooperate with a view to furthering the economic and social development of their peoples.

2. This Agreement describes the basis conditions for technical cooperation between the Contracting Parties. The Contracting Parties may make additional agreements on individual projects of technical cooperation (hereinafter referred to as "project agreements"). Each Contracting Party shall be responsible for the technical cooperation projects which are carried out in its country. The joint conception of the project shall be laid down in the project agreements, including in particular its objective, the contributions of the Contracting Parties, the tasks and organizational position of those involved and the timetable.

Article 2

1. The project agreements may provide for assistance by the Government of the Federal Republic of Germany in the following areas:

(a) Training, advisory, research and other facilities in the Socialist Republic of Viet Nam;

(b) Preparation of plans, studies and reports;

(c) Other areas of cooperation agreed on by the Contracting Parties.

2. The assistance may include:

(a) The secondment of experts such as instructors, advisers, consultants, specialists, scientific and technical personnel, and other personnel as may be required (hereinafter referred to as "seconded experts");

¹ Came into force on 23 December 1992 by notification, in accordance with article 7.

(b) The supply of material and equipment (hereinafter referred to as “material”);

(c) The basic or further training of Vietnamese technical and managerial personnel as well as scientists within the Socialist Republic of Viet Nam, in the Federal Republic of Germany or in other countries;

(d) Other appropriate forms of assistance.

3. The Government of the Federal Republic of Germany shall, unless otherwise provided in the project agreements, make at its expense the following contributions to the assistance projects:

(a) Remuneration of the seconded experts;

(b) Accommodation for the seconded experts and their families, insofar as such costs are not met by the seconded experts themselves.

(c) Official travel by the seconded experts within and outside the Socialist Republic of Viet Nam;

(d) Procurement of the material referred to in paragraph 2 (b);

(e) Transport to the project site for the material referred to in paragraph 2 (b), including insurance; this shall not include payment of the charges and storage fees referred to in article 3 (b);

(f) Basic or further training of Vietnamese technical and managerial personnel as well as scientists in accordance with the applicable German guidelines.

4. The material supplied for projects on behalf of the Federal Republic of Germany shall upon its arrival in the Socialist Republic of Viet Nam become the property of the Socialist Republic of Viet Nam, unless otherwise provided in the project agreements; the material supplied shall be at the unrestricted disposal of the assisted projects and of the seconded experts for the fulfillment of their tasks.

5. The Government of the Federal Republic of Germany shall notify the Government of the Socialist Republic of Viet Nam of the cooperating agencies, organizations or authorities it will charge with the implementation of its assistance for each project. The cooperating agencies, organizations or authorities so charged will hereinafter be referred to as “the implementing agency”.

Article 3

Contributions of the Government of the Socialist Republic of Viet Nam,

It shall:

(a) Provide at its expense the land and buildings required for the projects in the Socialist Republic of Viet Nam, including equipment and furnishings for buildings, insofar such equipment and furnishings are not supplied by the Government of the Federal Republic of Germany at its expense;

(b) Exempt the material supplied for the projects on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany from licence fees, harbour dues, import and export duties and other public charges as well as storage fees, and ensure that the material is cleared by Customs promptly. The aforementioned exemptions shall, at the request of the implementing agency also apply to material procured in the Socialist Republic of Viet Nam;

(c) Meet the operation and maintenance costs of the projects;

(d) Make available at its expense the Vietnamese experts or other personnel required for each project; the project agreements should include a time schedule for their assignment;

(e) Ensure that the functions of the seconded experts are taken over as soon as possible by Vietnamese experts. Where the latter are to receive basic or further training in the Socialist Republic of Viet Nam, in the Federal Republic of Germany or in other countries, pursuant to this Agreement, it shall nominate in due time, in consultation with the Embassy of the Federal Republic of Germany in Hanoi or the experts designated by it, sufficient candidates for such training. It shall nominate only such candidates as have given an undertaking to work on the project in question for a least five years after completing their training. It shall ensure that these Vietnamese experts receive appropriate remuneration;

(f) Recognize the examinations passed by the Vietnamese nationals having received training pursuant to this Agreement, in accordance with the technical level of such examinations. It shall make available to such person opportunities for employment and career advancement commensurate with their level of training;

(g) Afford the seconded experts any assistance they may require in carrying out the tasks assigned to them and make available the necessary records and documents;

(h) Ensure the timely provision for the contributions required to implement the projects, insofar as these are not provided by the Government of the Federal Republic of Germany pursuant to the project agreements;

(i) Ensure that all Vietnamese agencies concerned with the implementation of this Agreement and the project agreements are fully informed of their contents in due time.

Article 4

1. The Government of the Federal Republic of Germany shall ensure that the seconded experts are pledged;

(a) To do their best, within the framework of the agreements concluded concerning their work, to help achieve the purposes set forth in Article 55 of the Charter of the United Nations;

(b) Not to interfere in the internal affairs of the Socialist Republic of Viet Nam;

(c) To respect the laws and regulations as well as the customs of the Socialist Republic of Viet Nam;

(d) Not to engage in any gainful occupation other than that to which they have been assigned;

(e) To cooperate in a spirit of mutual confidence with the official agencies of the Socialist Republic of Viet Nam.

2. The Government of the Federal Republic of Germany shall ensure that, before an expert is seconded, the consent of the Government of the Socialist Republic of Viet Nam is obtained. The implementing agency shall forward the *curriculum vitae* of the expert selected by it to the Government of the Socialist Republic of Viet Nam together with a request for consent to his secondment. If no notification to the contrary is received from Government of the Socialist Republic of Viet Nam within two months, consent shall be assumed to have been granted.

3. If the Government of the Socialist Republic of Viet Nam wishes a seconded expert to be recalled by the Government of the Federal Republic of Germany, it shall promptly contact the Government of the Federal Republic of Germany and give the reasons for its request. Similarly, the Government of the Federal Republic of Germany, when a seconded expert is to be recalled by the German side, shall ensure that the Government of the Socialist Republic of Viet Nam is informed thereof as promptly as possible.

Article 5

1. The Government of the Socialist Republic of Viet Nam shall ensure that the seconded experts and members of their families belonging to their household receive protection of their persons and their property. It shall in particular:

(a) Assume liability in place of the seconded experts in respect of any damage caused by them in carrying out tasks assigned to them in accordance with this Agreement; any claim for compensation made by the Government of the Socialist Republic of Viet Nam against the experts shall be inadmissible, except in cases of wilful misconduct or gross negligence;

(b) Ensure, to the extent possible, that the persons referred to in the first sentence of this paragraph will not be subject to arrest or detention of any kind. If one of the persons referred to is arrested or detained because of an infringement of the laws of the Socialist Republic of Viet Nam, the Government of the Socialist Republic of Viet Nam shall inform the Embassy of the Federal Republic of Germany of the incident without delay and by the fastest method possible, providing information on the charges and the progress of the legal proceedings, and shall permit representatives of the Embassy to visit the arrested or detained persons and to hold conversations with them. The Embassy shall also be permitted to ensure the personal well-being of such persons;

(c) Issue rapidly to the persons referred to in the first sentence of this paragraph the necessary visas and authorizations and grant to the bearers thereof at all times unimpeded entry into and exit from the Socialist Republic of Viet Nam;

(d) Issue to the persons referred to in the first sentence of this paragraph an identify document referring to the protection and assistance afforded them by the Government of the Socialist Republic of Viet Nam.

2. The Government of the Socialist Republic of Viet Nam shall:

(a) Levy no taxes or other public charges on the remuneration paid to the experts seconded for work in the context of this Agreement; and the same shall apply to payments made to companies which as instructed by the Government of the Federal Republic of Germany are carrying out measures of support in the context of this Agreement, provided that such companies do not have their headquarters in Viet Nam;

(b) Permit the persons referred to in the first sentence of paragraph 1, for the duration of their stay, to import and export articles intended for their personal use free of duty and without furnishing security; such articles shall include per household one motor vehicle (if the stay is of a duration longer than six months), one refrigerator, one freezer, one washing machine, one cooker, one radio, one television, one record-player, one tape-recorder, one video camera, small electrical appliances, plus per person one air-conditioner, one heater, one fan and photographic and film equipment. The import and export duty-free and without security of replace-

ment goods is also permitted, if the imported goods have become unusable or have been lost; in the event of the sale of such items in the Socialist Republic of Viet Nam, the applicable legal provisions of the Socialist Republic of Viet Nam shall be applied;

(c) Permit the persons referred to in the first sentence of paragraph 1, to import for their personal requirements medicaments, foodstuffs, beverages and other expendable goods;

(d) Issue to the persons referred to in the first sentence of paragraph 1, free of charge and without requiring security, the necessary visas as well and work and residence permits.

Article 6

This Agreement shall also apply to projects of technical cooperation between the Contracting Parties which have already been started at the time it enters into force.

Article 7

1. This Agreement shall enter into force on the date on which the two Governments inform one another that their respective domestic legal requirements for its entry into force have been fulfilled.

2. This Agreement shall remain in force for a period of five years. After that time, it shall be extended for successive one-year periods unless either Contracting Party denounces it in writing three months before the expiry of any such period.

3. After the expiry of this Agreement its provisions shall continue to apply to the technical cooperation projects which have already been started.

DONE at Hanoi on 20 November 1991, in duplicate, in the German and Vietnamese languages, both texts being equally authentic.

For the Government
of the Federal Republic of Germany:

ELIAS
HANS-PETER REPNIK

For the Government
of the Socialist Republic
of Viet Nam:

VU KHOAN

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ DE COOPÉRATION TECHNIQUE ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE SOCIALISTE DU VIET NAM

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam,

Se fondant sur les relations amicales existant entre les deux Etats et leurs peuples,

Considérant qu'il est de leur intérêt commun de promouvoir le progrès économique et social de leurs Etats et de leurs peuples, et

Désireux d'approfondir leurs relations par une coopération technique menée dans un esprit de partenariat,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier

(1) Les Parties contractantes collaborent aux fins du développement économique et social de leurs peuples.

(2) Le présent Accord énonce les conditions de base de la coopération technique entre les Parties contractantes. Celles-ci peuvent conclure des arrangements complémentaires relatifs à des projets particuliers de coopération technique (ci-après dénommés « arrangements de projet »). Chaque Partie contractante conserve l'entière responsabilité pour les projets de coopération technique exécutés dans son pays. Les arrangements de projet définissent la conception commune du projet, et notamment ses objectifs, les prestations des Parties contractantes, les fonctions et la position des participants dans l'organisation, ainsi que le calendrier du projet.

Article 2

(1) Les arrangements de projet peuvent prévoir une assistance du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne dans les domaines suivants :

a) Centres de formation, de consultation, de recherches ainsi que d'autres institutions dans la République socialiste du Viet Nam;

b) Etablissement de plans, d'études et d'expertises;

c) Autres domaines de coopération dont seront convenues les Parties contractantes.

(2) L'assistance peut être apportée :

a) Par l'envoi d'experts tels que moniteurs, conseillers, consultants, spécialistes, personnel scientifique et technique, assistants de projet et auxiliaires; toutes

¹ Entré en vigueur le 23 décembre 1992 par notification, conformément à l'article 7.

les personnes détachées pour le compte du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne sont dénommées ci-après « experts détachés »;

b) Par la fourniture de matériel et d'équipement (dénommé ci-après « matériel »);

c) Par la formation de base et le perfectionnement de personnel technique, de gestionnaires et de scientifiques vietnamiens en République socialiste du Viet Nam, en République fédérale d'Allemagne ou dans d'autres pays;

d) De toute autre manière appropriée.

(3) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne prend à sa charge, pour les projets assistés, les prestations suivantes, à moins que les arrangements de projets n'en disposent autrement :

a) La rémunération des experts détachés;

b) Le logement des experts détachés et des membres de leurs familles, pour autant que ledits experts n'en assument pas eux-mêmes les frais;

c) Les déplacements de service effectués par les experts détachés en République socialiste du Viet Nam et à l'étranger;

d) La fourniture du matériel visé à l'alinéa *b* du paragraphe 2 du présent article;

e) Le transport et l'assurance du matériel visé à l'alinéa *b* du paragraphe 2 du présent article jusqu'au site du projet, à l'exception des droits et frais d'entreposage visés à l'alinéa *b* de l'article 3;

f) La formation et le perfectionnement de personnel technique, de gestionnaires et de scientifiques vietnamiens conformément aux normes allemandes applicables.

(4) A moins que les arrangements de projet n'en disposent autrement, le matériel fourni au nom du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne devient propriété de la République socialiste du Viet Nam dès son arrivée en République socialiste du Viet Nam; le matériel est, sans aucune restriction, mis à la disposition du projet assisté et des experts détachés.

(5) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne fait connaître au Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam les entités, organismes ou services auxquels il a confié la réalisation de ses activités d'assistance pour chaque projet. Les entités, organismes ou services mandatés sont dénommés ci-après « organismes d'exécution ».

Article 3

Le Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam assume les prestations suivantes :

a) Il fournit à ses frais, pour les projets en République socialiste du Viet Nam, les terrains et bâtiments nécessaires, y compris leur ameublement et leur équipement, pour autant que ceux-ci ne soient pas fournis par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne;

b) Il exempte le matériel fourni pour le compte du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne pour les projets de licences, taxes portuaires, droits d'importation et d'exportation et d'autres taxes ainsi que des frais d'entreposage et veille au dédouanement immédiat du matériel. Les exemptions susmentionnées

s'appliquent également, sur demande de l'organisme d'exécution, au matériel acheté en République socialiste du Viet Nam.

c) Il prend à sa charge les frais de fonctionnement et d'entretien afférents au projets;

d) Il fournit à ses frais le personnel spécialisé et auxiliaire vietnamien nécessaire; les arrangements de projet préciseront un calendrier à cet effet.

e) Il veille à ce que les fonctions exercées par les experts détachés soient assumées dès que possible par du personnel vietnamien qualifié. Dans la mesure où ce personnel reçoit, dans le cadre du présent Accord, une formation de base ou un perfectionnement en République socialiste du Viet Nam, en République fédérale d'Allemagne ou dans d'autres pays, le Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam désigne en temps utile, avec le concours de l'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne ou d'experts désignés par celle-ci, un nombre suffisant de candidats à cette formation ou à ce perfectionnement. Il ne désignera que des candidats qui se sont engagés envers lui à travailler, à l'issue de leur formation ou de leur perfectionnement, au moins cinq ans au projet en question. Il veille à ce que ce personnel vietnamien qualifié soit rémunéré de façon appropriée.

f) Il reconnaît les examens passés par des ressortissants vietnamiens ayant reçu une formation ou un perfectionnement dans le cadre du présent Accord conformément à leur niveau de qualification. Il ouvre à ces personnes des possibilités d'emploi, d'avancement ou de carrière qui correspondent à leur formation.

g) Il accorde aux experts détachés toute assistance nécessaire à l'accomplissement des tâches qui leur ont été confiées et leur fournit toute la documentation indispensable à cet égard.

h) Il veille à ce que soient fournies les prestations nécessaires à la réalisation du projet, dans la mesure où elles ne sont pas prises en charge, conformément aux arrangements de projet, par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

i) Il veille à ce que tous les services vietnamiens concernés par la réalisation du présent Accord et des arrangements de projet soient informés de leur contenu en temps utile et en détail.

Article 4

(1) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne veille à ce que les experts détachés soient tenus de :

a) Contribuer de leur mieux, dans le cadre des arrangements conclus au sujet de leur travail, à atteindre les buts énoncés à l'article 55 de la Charte des Nations Unies;

b) S'abstenir de toute ingérence dans les affaires intérieures de la République socialiste du Viet Nam;

c) Respecter les lois, us et coutumes de la République socialiste du Viet Nam;

d) N'exercer aucune activité lucrative autre que celle dont ils ont été chargés;

e) Collaborer dans un esprit de confiance mutuelle avec les services officiels de la République socialiste du Viet Nam.

(2) Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne veille à ce que l'approbation du Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam soit obtenue avant le détachement d'un expert. L'organisme d'exécution demande au Gouvernement d'approuver le détachement de l'expert qu'il a sélectionné en lui faisant parvenir le *curriculum vitae* de celui-ci. En l'absence, dans les deux mois, d'un refus du Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam, l'approbation sera réputée acquise.

(3) Si le Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam souhaite le rappel d'un expert détaché, il se met en rapport en temps utile avec le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et lui fait connaître les motifs de sa demande. De même, si le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne souhaite rappeler un expert détaché, il veille à en informer le Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam le plus tôt possible.

Article 5

(1) Le Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam assure la protection de la personne et des biens des experts détachés et des membres de leurs familles vivant avec eux.

En particulier :

a) Il répond, à la place des experts détachés, des dommages causés par ceux-ci dans l'accomplissement des tâches qui leur sont confiées aux termes des arrangements de projet. Une demande de dommages-intérêts ne peut être invoquée par la République socialiste du Viet Nam contre les experts détachés qu'en cas de faute intentionnelle ou de négligence grave.

b) Il exempte les personnes visées au paragraphe 1, dans la mesure du possible, de toute arrestation ou détention. Si l'une de ces personnes est arrêtée ou détenue en raison d'une violation des lois de la République socialiste du Viet Nam, le Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam en avise immédiatement et par les moyens les plus rapides l'Ambassade de la République fédérale d'Allemagne, il l'informe des accusations portées contre cette personne et de l'évolution de l'instruction et permet aux représentants de l'Ambassade de visiter la personne arrêtée ou détenue et de s'entretenir avec elle. L'Ambassade est également autorisée à assurer le bien-être personnel de celle-ci.

c) Il délivre aux personnes visées au paragraphe 1 les visas et autorisations nécessaires et leur accorde la liberté d'entrer dans la République socialiste du Viet Nam et d'en sortir à tout moment.

d) Il délivre aux personnes visées au paragraphe 1 une pièce d'identité indiquant qu'elles bénéficient de la protection et du soutien du Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam.

(2) Le Gouvernement de la République socialiste du Viet Nam

a) Ne perçoit aucun impôt ou autre taxe publique sur les émoluments qui, prélevés sur les fonds du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne, sont versés aux experts détachés pour service rendus dans le cadre du présent Accord; il en est de même pour la rémunération des entreprises chargées de mesures d'assistance pour le compte du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne dans le cadre du présent Accord, à moins qu'elles n'aient leur siège en République socialiste du Viet Nam;

b) Autorise les personnes visées au paragraphe 1, durant leur séjour, à importer et à exporter en franchise et sans caution les objets destinés à leur propre usage parmi lesquels peuvent figurer, par ménage, une voiture automobile — si la durée du séjour dépasse six mois —, un réfrigérateur, un congélateur, une machine à laver, un poste de radiodiffusion, un téléviseur, un tourne-disque, un magnétophone, un appareil vidéo, de petits appareils électriques ainsi que, par personne, un climatiseur, un appareil de chauffage, un ventilateur et un équipement photographique et cinématographique; l'importation et l'exportation en franchise et sans caution des objets de remplacement, lorsque les objets importés sont devenus inutilisables ou ont été perdus; la revente de ces objets en République socialiste du Viet Nam est soumise aux dispositions de sa législation;

c) Autorise les personnes visées au paragraphe 1 à importer, pour leur usage personnel, des médicaments, des produits alimentaires, des boissons et autres biens destinés à la consommation;

d) Délivre aux personnes visées au paragraphe 1 gratuitement et sans caution les visas et les permis de séjour et de travail nécessaires.

Article 6

Le présent Accord s'applique également aux projets de coopération technique des Parties contractantes déjà commencés au moment de son entrée en vigueur.

Article 7

(1) Le présent Accord entrera en vigueur le jour où les deux Gouvernements se seront informés mutuellement que les conditions d'entrée en vigueur prévues par la législation nationale ont été remplies.

(2) Le présent Accord est conclu pour une période de cinq ans. Il sera ensuite reconduit d'année en année, sauf s'il est dénoncé par écrit par l'une des Parties contractantes trois mois avant l'expiration de la période en cours.

(3) Les dispositions du présent Accord continueront à s'appliquer, après son expiration, aux projets de coopération technique déjà commencés.

FAIT à Hanoi le 20 novembre 1991 en deux exemplaires originaux, en langues allemande et vietnamienne, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République fédérale
d'Allemagne :

ELIAS
HANS PETER REPNIK

Pour le Gouvernement
de la République socialiste
du Viet Nam :

VU KHOAN

ANNEX A

*Ratifications, accessions, subsequent agreements, etc.,
concerning treaties and international agreements
registered
with the Secretariat of the United Nations*

ANNEXE A

*Ratifications, adhésions, accords ultérieurs, etc.,
concernant des traités et accords internationaux
enregistrés
au Secrétariat de l'Organisation des Nations Unies*

ANNEX A

ANNEXE A

No. 8940. EUROPEAN AGREEMENT CONCERNING THE INTERNATIONAL CARRIAGE OF DANGEROUS GOODS BY ROAD (ADR). DONE AT GENEVA, ON 30 SEPTEMBER 1957¹

N° 8940. ACCORD EUROPÉEN RELATIF AU TRANSPORT INTERNATIONAL DES MARCHANDISES DANGEREUSES PAR ROUTE (ADR). FAIT À GENÈVE, LE 30 SEPTEMBRE 1957¹

SUCCESSION

Notification received on:

18 April 1997

THE FORMER YUGOSLAV REPUBLIC OF MACEDONIA

(With effect from 17 November 1991, the date of the succession of State.)

Registered ex officio on 18 April 1997.

SUCCESSION

Notification reçue le :

18 avril 1997

L'EX-RÉPUBLIQUE YOUGOSLAVE DE MACÉDOINE

(Avec effet au 17 novembre 1991, date de la succession d'Etat.)

Enregistré d'office le 18 avril 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 619, p. 77; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 9, and 11 to 24, as well as annex A in volumes 1430, 1489, 1505, 1553, 1580, 1663, 1679, 1696, 1701, 1719, 1723, 1724, 1732, 1775, 1777, 1843, 1845, 1846, 1864, 1900, 1920, 1928, 1955 and 1968.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 619, p. 77; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 9, et 11 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1430, 1489, 1505, 1553, 1580, 1663, 1679, 1696, 1701, 1719, 1723, 1724, 1732, 1775, 1777, 1843, 1845, 1846, 1864, 1900, 1920, 1928, 1955 et 1968.

No. 12140. CONVENTION ON THE TAKING OF EVIDENCE ABROAD IN CIVIL OR COMMERCIAL MATTERS. OPENED FOR SIGNATURE AT THE HAGUE ON 18 MARCH 1970¹

N° 12140. CONVENTION SUR L'OBTENTION DES PREUVES À L'ÉTRANGER EN MATIÈRE CIVILE OU COMMERCIALE. OUVERTE À LA SIGNATURE À LA HAYE LE 18 MARS 1970¹

ACCEPTANCES of the accession of Estonia²

Notifications effected with the Government of the Netherlands on:

5 March 1997

SINGAPORE

(The Convention will enter into force between Singapore and Estonia on 4 May 1997.)

26 March 1997

SPAIN

(The Convention will enter into force between Spain and Estonia on 25 May 1997.)

Certified statements were registered by the Netherlands on 18 April 1997.

ACCEPTANCES of the accession of Latvia³

Notifications effected with the Government of the Netherlands on:

5 March 1997

SINGAPORE

(The Convention will enter into force between Singapore and Latvia on 4 May 1997.)

ACCEPTATIONS de l'adhésion de l'Estonie²

Notifications effectuées auprès du Gouvernement néerlandais le :

5 mars 1997

SINGAPOUR

(La Convention entrera en vigueur entre Singapour et l'Estonie le 4 mai 1997.)

26 mars 1997

ESPAGNE

(La Convention entrera en vigueur entre l'Espagne et l'Estonie le 25 mai 1997.)

Les déclarations certifiées ont été enregistrées par les Pays-Bas le 18 avril 1997.

ACCEPTATIONS de l'adhésion de la Lettonie³

Notifications effectuées auprès du Gouvernement néerlandais le :

5 mars 1997

SINGAPOUR

(La Convention entrera en vigueur entre Singapour et la Lettonie le 4 mai 1997.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 847, p. 231; for subsequent actions, see references in Cumulative Indexes Nos. 14, 15, and 17 to 24, as well as annex A in volumes 1413, 1417, 1419, 1434, 1439, 1442, 1444, 1455, 1458, 1464, 1464, 1480, 1482, 1485, 1491, 1504, 1512, 1543, 1548, 1562, 1564, 1606, 1653, 1696, 1703, 1717, 1730, 1734, 1753, 1763, 1764, 1775, 1776, 1787, 1788, 1823, 1830, 1841, 1844, 1856, 1863, 1870, 1885, 1886, 1887, 1897, 1901, 1906, 1915, 1918, 1921, 1928, 1930, 1931, 1941, 1948, 1954, 1956, 1964 and 1966.

² *Ibid.*, vol. 1918, No. A-12140.

³ *Ibid.*, vol. 1863, No. A-12140.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 847, p. 231; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 14, 15, et 17 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1413, 1417, 1419, 1434, 1439, 1442, 1444, 1455, 1458, 1464, 1464, 1480, 1482, 1485, 1491, 1504, 1512, 1543, 1548, 1562, 1564, 1606, 1653, 1696, 1703, 1717, 1730, 1734, 1753, 1763, 1764, 1775, 1776, 1787, 1788, 1823, 1830, 1841, 1844, 1856, 1863, 1870, 1885, 1886, 1887, 1897, 1901, 1906, 1915, 1918, 1921, 1928, 1930, 1931, 1941, 1948, 1954, 1956, 1964 et 1966.

² *Ibid.*, vol. 1918, n° A-12140.

³ *Ibid.*, vol. 1863, n° A-12140.

26 March 1997

SPAIN

(The Convention will enter into force between Spain and Latvia on 25 May 1997.)

Certified statements were registered by the Netherlands on 18 April 1997.

ACCEPTANCES of the accession of Poland¹

Notifications effected with the Government of the Netherlands on:

5 March 1997

SINGAPORE

(The Convention will enter into force between Singapore and Poland on 4 May 1997.)

26 March 1997

SPAIN

(The Convention will enter into force between Spain and Poland on 25 May 1997.)

Certified statements were registered by the Netherlands on 18 April 1997.

26 mars 1997

ESPAGNE

(La Convention entrera en vigueur entre l'Espagne et la Lettonie le 25 mai 1997.)

Les déclarations certifiées ont été enregistrées par les Pays-Bas le 18 avril 1997.

ACCEPTATIONS de l'adhésion de la Pologne¹

Notifications effectuées auprès du Gouvernement néerlandais le :

5 mars 1997

SINGAPOUR

(La Convention entrera en vigueur entre Singapour et la Pologne le 4 mai 1997.)

26 mars 1997

ESPAGNE

(La Convention entrera en vigueur entre l'Espagne et la Pologne le 25 mai 1997.)

Les déclarations certifiées ont été enregistrées par les Pays-Bas le 18 avril 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1915, No. A-12140.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1915, n° A-12140.

No. 14236. CONVENTION ON THE RECOGNITION OF DIVORCES AND LEGAL SEPARATIONS. CONCLUDED AT THE HAGUE ON 1 JUNE 1970¹

Nº 14236. CONVENTION SUR LA RECONNAISSANCE DES DIVORCES ET DES SÉPARATIONS DE CORPS. CONCLUE À LA HAYE LE 1^{er} JUIN 1970¹

ACCEPTANCE of the accession of Cyprus²

Notification effected with the Government of the Netherlands on:

26 March 1997

UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN
AND NORTHERN IRELAND

(In respect of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland, the Bailiwick of Jersey, the Bailiwick of Guernsey, the Isle of Man, Bermuda, Gibraltar and Hong Kong. The Convention will enter into force between the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland (and the above-mentioned territories) and Cyprus on 25 May 1997.)

Certified statement was registered by the Netherlands on 18 April 1997.

ACCEPTATION de l'adhésion de Chypre²

Notification effectuée auprès du Gouvernement néerlandais le :

26 mars 1997

ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE
ET D'IRLANDE DU NORD

(A l'égard du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, du bailliage de Jersey, du bailliage de Guernesey, de l'île de Man, des Bermudes, de Gibraltar et de Hong Kong. La Convention entrera en vigueur entre le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (et les territoires susmentionnés) et Chypre le 25 mai 1997.)

La déclaration certifiée a été enregistrée par les Pays-Bas le 18 avril 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 978, p. 393; for subsequent actions, see references in Cumulative Index Nos. 6 to 24, as well as annex A in volumes 1408, 1417, 1422, 1434, 1436, 1442, 1444, 1477, 1562, 1598, 1639, 1649, 1712, 1717, 1734, 1921, 1930, 1941, 1948, 1954 and 1966.

² *Ibid.*, vol. 1301, No. A-14236.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 978, p. 393; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans les Index cumulatifs nos 6 à 24, ainsi que l'annexe A des volumes 1408, 1417, 1422, 1434, 1436, 1442, 1444, 1477, 1562, 1598, 1639, 1649, 1712, 1717, 1734, 1921, 1930, 1941, 1948, 1954 et 1966.

² *Ibid.*, vol. 1301, n° A-14236.

No. 22514. CONVENTION ON THE CIVIL ASPECTS OF INTERNATIONAL CHILD ABDUCTION. CONCLUDED AT THE HAGUE ON 25 OCTOBER 1980¹

N° 22514. CONVENTION SUR LES ASPECTS CIVILS DE L'ENLÈVEMENT INTERNATIONAL D'ENFANTS. CONCLUE À LA HAYE LE 25 OCTOBRE 1980¹

ACCEPTANCE of the accession of Iceland²

Notification effected with the Government of the Netherlands on:

14 March 1997

CHILE

(The Convention will enter into force between Chile and Iceland on 1 June 1997.)

Certified statement was registered by the Netherlands on 18 April 1997.

ACCEPTATION de l'adhésion de l'Islande²

Notification effectué auprès du Gouvernement néerlandais le :

14 mars 1997

CHILI

(La Convention entrera en vigueur entre le Chili et l'Islande le 1^{er} juin 1997.)

La déclaration certifiée a été enregistrée par les Pays-Bas le 18 avril 1997.

ACCEPTANCES of the accession of Colombia³

Notifications effected with the Government of the Netherlands on:

14 March 1997

CHILE

(The Convention will enter into force between Chile and Colombia on 1 June 1997.)

ACCEPTATIONS de l'adhésion de la Colombie³

Notifications effectuées auprès du Gouvernement néerlandais le :

14 mars 1997

CHILI

(La Convention entrera en vigueur entre le Chili et la Colombie le 1^{er} juin 1997.)

18 March 1997

NORWAY

(The Convention will enter into force between Norway and Colombia on 1 June 1997.)

18 mars 1997

NORVÈGE

(La Convention entrera en vigueur entre la Norvège et la Colombie le 1^{er} juin 1997.)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1343, p. 89; for subsequent actions, see references in Cumulative Index No. 22, as well as annex A in volumes 1422, 1424, 1427, 1436, 1439, 1442, 1444, 1455, 1463, 1504, 1510, 1523, 1529, 1541, 1543, 1548, 1562, 1567, 1580, 1593, 1606, 1637, 1639, 1642, 1649, 1653, 1654, 1658, 1664, 1667, 1672, 1678, 1679, 1686, 1689, 1694, 1698, 1703, 1712, 1722, 1723, 1725, 1730, 1734, 1745, 1749, 1753, 1763, 1764, 1771, 1775, 1776, 1787, 1788, 1823, 1830, 1841, 1850, 1856, 1861, 1863, 1864, 1870, 1885, 1887, 1893, 1897, 1901, 1906, 1915, 1918, 1921, 1928, 1930, 1935, 1941, 1948, 1954, 1956, 1964 and 1966.

² *Ibid.*, vol. 1935, No. A-22514.

³ *Ibid.*, vol. 1906, No. A-22514.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1343, p. 89; pour les faits ultérieurs, voir les références données dans l'Index cumulatif n° 22, ainsi que l'annexe A des volumes 1422, 1424, 1427, 1436, 1439, 1442, 1444, 1455, 1463, 1504, 1510, 1523, 1529, 1541, 1543, 1548, 1562, 1567, 1580, 1593, 1606, 1637, 1639, 1642, 1649, 1653, 1654, 1658, 1664, 1667, 1672, 1678, 1679, 1686, 1689, 1694, 1698, 1699, 1703, 1712, 1722, 1723, 1725, 1730, 1734, 1745, 1749, 1753, 1763, 1764, 1771, 1775, 1776, 1787, 1788, 1823, 1830, 1841, 1850, 1856, 1861, 1863, 1864, 1870, 1885, 1887, 1893, 1897, 1901, 1906, 1915, 1918, 1921, 1928, 1930, 1935, 1941, 1948, 1954, 1956, 1964 et 1966.

² *Ibid.*, vol. 1935, n° A-22514.

³ *Ibid.*, vol. 1906, n° A-22514.

26 March 1997

SPAIN

(The Convention will enter into force between Spain and Colombia on 1 June 1997.)

Certified statements were registered by the Netherlands on 18 April 1997.

26 mars 1997

ESPAGNE

(La Convention entrera en vigueur entre l'Espagne et la Colombie le 1^{er} juin 1997.)

Les déclarations certifiées ont été enregistrées par les Pays-Bas le 18 avril 1997.

ACCEPTANCE of the accession of Slovenia¹

Notification effected with the Government of the Netherlands on:

18 March 1997

NORWAY

(The Convention will enter into force between Norway and Slovenia on 1 June 1997.)

Certified statement was registered by the Netherlands on 18 April 1997.

ACCEPTATION de l'adhésion de la Slo-
vénie¹

Notification effectuée auprès du Gouvernement néerlandais le :

18 mars 1997

NORVÈGE

(La Convention entrera en vigueur entre la Norvège et la Slovénie le 1^{er} juin 1997.)

La déclaration certifiée a été enregistrée par les Pays-Bas le 18 avril 1997.

ACCEPTANCE of the accession of Cyprus²

Notification effected with the Government of the Netherlands on:

26 March 1997

SPAIN

(The Convention will enter into force between Spain and Cyprus on 1 June 1997.)

Certified statement was registered by the Netherlands on 18 April 1997.

ACCEPTATION de l'adhésion de Chypre²

Notification effectuée auprès du Gouvernement néerlandais le :

26 mars 1997

ESPAGNE

(La Convention entrera en vigueur entre l'Espagne et Chypre le 1^{er} juin 1997.)

La déclaration certifiée a été enregistrée par les Pays-Bas le 18 avril 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1775, No. A-22514.

² *Ibid.*, vol. 1841, No. A-22514.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1775, n° A-22514.

² *Ibid.*, vol. 1841, n° 22514.

ACCEPTANCE of the accession of Honduras¹

Notification effected with the Government of the Netherlands on:

26 March 1997

SPAIN

(The Convention will enter into force between Spain and Honduras on 1 June 1997.)

Certified statement was registered by the Netherlands on 18 April 1997.

ACCEPTATION de l'adhésion du Honduras¹

Notification effectuée auprès du Gouvernement néerlandais le :

26 mars 1997

ESPAGNE

(La Convention entrera en vigueur entre l'Espagne et le Honduras le 1^{er} juin 1997.)

La déclaration certifiée a été enregistrée par les Pays-Bas le 18 avril 1997.

ACCEPTANCE of the accession of Saint Kitts and Nevis²

Notification effected with the Government of the Netherlands on:

26 March 1997

SPAIN

(The Convention will enter into force between Spain and Saint Kitts and Nevis on 1 June 1997.)

Certified statement was registered by the Netherlands on 18 April 1997.

ACCEPTATION de l'adhésion de Saint-Kitts-et-Nevis²

Notification effectuée auprès du Gouvernement néerlandais le :

26 mars 1997

ESPAGNE

(La Convention entrera en vigueur entre l'Espagne et Saint-Kitts-et-Nevis le 1^{er} juin 1997.)

La déclaration certifiée a été enregistrée par les Pays-Bas le 18 avril 1997.

ACCEPTANCE of the accession of Zimbabwe³

Notification effected with the Government of the Netherlands on:

26 March 1997

SPAIN

(The Convention will enter into force between Spain and Zimbabwe on 1 June 1997.)

Certified statement was registered by the Netherlands on 18 April 1997.

ACCEPTATION de l'adhésion du Zimbabwe³

Notification effectuée auprès du Gouvernement néerlandais le :

26 mars 1997

ESPAGNE

(La Convention entrera en vigueur entre l'Espagne et le Zimbabwe le 1^{er} juin 1997.)

La déclaration certifiée a été enregistrée par les Pays-Bas le 18 avril 1997.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1763, No. A-22514.

² *Ibid.*, vol. 1787, No. A-22514.

³ *Ibid.*, vol. 1864, No. A-22514.

Vol. 1972, A-22514

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1763, n° A-22514.

² *Ibid.*, vol. 1787, n° A-22514.

³ *Ibid.*, vol. 1864, n° A-22514.

No. 27531. CONVENTION ON THE RIGHTS OF THE CHILD. ADOPTED BY THE GENERAL ASSEMBLY OF THE UNITED NATIONS ON 20 NOVEMBER 1989¹

N° 27531. CONVENTION RELATIVE AUX DROITS DE L'ENFANT. ADOPTÉE PAR L'ASSEMBLÉE GÉNÉRALE DES NATIONS UNIES LE 20 NOVEMBRE 1989¹

PARTIAL WITHDRAWAL of reservations made upon ratification²

Notification received on:

18 April 1997

UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN
AND NORTHERN IRELAND

(With effect from 18 April 1997.)

The remaining reservations will now read as follows:

"The United Kingdom reserves the right to apply such legislation, in so far as it relates to the entry into, stay in and departure from the United Kingdom of those who do not have the right under the law of the United Kingdom to enter and remain in the United Kingdom, and to the acquisition and possession of citizenship, as it may deem necessary from time to time.

Employment legislation in the United Kingdom does not treat persons under 18, but over the school-leaving age as children, but as "young people". Accordingly the United Kingdom reserves the right to continue to apply article 32 subject to such employment legislation.

RETRAIT PARTIEL de réserves formulées lors de la ratification²

Notification reçue le :

18 avril 1997

ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE
ET D'IRLANDE DU NORD

(Avec effet au 18 avril 1997.)

Les réserves qui demeurent se liront désormais comme suit :

[TRADUCTION — TRANSLATION]

Le Royaume-Uni se réserve le droit d'appliquer la législation qu'il peut juger périodiquement nécessaire en ce qui concerne l'entrée et le séjour sur son territoire et le départ du pays de personnes qui, aux termes de la loi britannique, n'ont pas le droit d'entrer et de résider au Royaume-Uni et ne peuvent y prétendre à l'acquisition et à la possession de la citoyenneté.

Aux termes de la législation du travail britannique, les personnes âgées de moins de 18 ans mais ayant dépassé l'âge de la scolarité obligatoire ne sont pas considérées comme des enfants mais comme des jeunes. En conséquence, le Royaume-Uni se réserve le droit d'appliquer l'article 32 sous réserve des dispositions de ladite législation du travail.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1577, No. I-27531, and annex A in volumes 1578, 1579, 1580, 1582, 1583, 1586, 1587, 1588, 1590, 1591, 1593, 1594, 1598, 1606, 1607, 1637, 1639, 1642, 1643, 1647, 1649, 1650, 1651, 1653, 1655, 1656, 1658, 1664, 1665, 1667, 1668, 1669, 1671, 1672, 1676, 1677, 1678, 1679, 1681, 1684, 1685, 1686, 1690, 1691, 1694, 1698, 1702, 1704, 1712, 1714, 1715, 1719, 1720, 1722, 1724, 1725, 1726, 1727, 1730, 1732, 1733, 1737, 1745, 1747, 1751, 1764, 1770, 1772, 1773, 1774, 1775, 1777, 1785, 1787, 1788, 1791, 1792, 1819, 1821, 1823, 1828, 1830, 1841, 1843, 1855, 1857, 1860, 1862, 1870, 1886, 1887, 1889, 1890, 1891, 1895, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1917, 1921, 1927, 1928, 1929, 1934, 1935, 1936, 1946, 1948, 1949, 1950, 1954, 1955, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967 and 1971.

² *Ibid.*, vol. 1658, No. A-27531.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1577, n° I-27531, et annexe A des volumes 1578, 1579, 1580, 1582, 1583, 1586, 1587, 1588, 1590, 1591, 1593, 1594, 1598, 1606, 1607, 1637, 1639, 1642, 1643, 1647, 1649, 1650, 1651, 1653, 1655, 1656, 1658, 1664, 1665, 1667, 1668, 1669, 1671, 1672, 1676, 1677, 1678, 1679, 1681, 1684, 1685, 1686, 1690, 1691, 1694, 1698, 1702, 1704, 1712, 1714, 1715, 1719, 1720, 1722, 1724, 1725, 1726, 1727, 1730, 1732, 1733, 1737, 1745, 1747, 1751, 1764, 1770, 1772, 1773, 1774, 1775, 1777, 1785, 1787, 1788, 1791, 1792, 1819, 1821, 1823, 1828, 1830, 1841, 1843, 1855, 1857, 1860, 1862, 1870, 1886, 1887, 1889, 1890, 1891, 1895, 1900, 1901, 1902, 1903, 1904, 1917, 1921, 1927, 1928, 1929, 1934, 1935, 1936, 1946, 1948, 1949, 1950, 1954, 1955, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967 et 1971.

² *Ibid.*, vol. 1658, n° A-27531.

Where at any time there is a lack of suitable accommodation or adequate facilities for a particular individual in any institution in which young offenders are detained, or where the mixing of adults and children is deemed to be mutually beneficial, the United Kingdom reserves the right not to apply article 37 (c) in so far as those provisions require children who are detained to be accommodated separately from adults.”

Registered ex officio on 18 April 1997.

Lorsque, à un moment donné, pour une personne donnée, il n'existe de locaux ou d'installations adéquats dans aucun des établissements où sont détenus les jeunes délinquants, ou lorsque l'on estime que la détention d'adultes et d'enfants ensemble peut être mutuellement bénéfique, le Royaume-Uni se réserve le droit de ne pas appliquer l'article 37 c, qui dispose que tout enfant privé de liberté doit être séparé des adultes.

Enregistré d'office le 18 avril 1997.

No. 28482. AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE UNITED KINGDOM OF GREAT BRITAIN AND NORTHERN IRELAND AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF VENEZUELA FOR THE AVOIDANCE OF DOUBLE TAXATION IN RESPECT OF SHIPPING AND AIR TRANSPORT. SIGNED AT CARACAS ON 8 MARCH 1978¹

N° 28482. ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DU ROYAUME-UNI DE GRANDE-BRETAGNE ET D'IRLANDE DU NORD ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DU VENEZUELA TENDANT À ÉVITER LA DOUBLE IMPOSITION EN MATIÈRE DE TRANSPORT MARITIME ET AÉRIEN. SIGNÉ À CARACAS LE 8 MARS 1978¹

TERMINATION (*Note by the Secretariat*)

The Government of the United Kingdom registered on 18 April 1997 the Convention between the Government of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the Government of the Republic of Venezuela for the avoidance of double taxation and the prevention of fiscal evasion with respect to taxes on income and capital gains signed at Caracas on 11 March 1996.²

The said Convention, which came into force on 31 December 1996, provides, in article 28 (2), for the termination of the above-mentioned Agreement of 8 March 1978.

(18 April 1997)

ABROGATION (*Note du Secrétariat*)

Le Gouvernement du Royaume-Uni a enregistré le 18 mars 1997 la Convention entre le Gouvernement du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord et le Gouvernement de la République du Venezuela tendant à éviter la double imposition et à prévenir l'évasion fiscale en matière d'impôts sur le revenu et sur les gains en capital signée à Caracas le 11 mars 1996².

Ladite Convention, qui est entrée en vigueur le 31 décembre 1996, stipule, au paragraphe 2 de son article 28, l'abrogation de l'Accord susmentionné du 8 mars 1978.

(18 avril 1997)

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 1655, No. I-28482, and annex A in volume 1660.

² See p. 75 of this volume.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 1655, n° I-28482, et annexe A du volume 1660.

² Voir p. 75 du présent volume.